

VS - Nur für den Dienstgebrauch

D R A H T E R L A S S
mteuropol

VS-Vermerk (Stempel)

21. Februar 1990

v.Jagow 2668/Stanzel 2929

Oelmeier 2897

77. EPZ-Ministertreffen

200-350.31 VS-NfD

VS-NfD ✓

Plurez

Europol ✓

TELKO-NR.

5 ✓

EDV-Nr./Dat./Par.

0319 27/2 ✓

21/11
Gru/m

Wien: für VVSBM- und VKSE-Delegationen

Az.: 200-350.31 VS-NfD 2118300

Betr.: 77. EPZ-Ministertreffen, 20.02.1990 in Dublin;

hier: Ergänzende Unterrichtung

Hauptthemen des Ministertreffens waren die Vorbereitung des KSZE-Sondergipfels 1990, die deutsche Frage, Südafrika und der Dialog mit den USA. BM nutzte das Treffen zu einer umfassenden Unterrichtung der Partner über die Lage in der DDR und den Stand des Vereinigungsprozesses. Die Minister beschlossen eine Erklärung als richtungsweisenden Beitrag der Zwölf zur Vorbereitung des KSZE-Gipfels. GB setzte sich für teilweise Aufhebung der EG-Sanktionen gegen Südafrika ein, die Minister erreichten dazu aber keinen Konsens. Sie beschlossen stattdessen zur Ermutigung des Dialogs in SUA die Entsendung einer Troika-Mission auf Ministeriebene. Weitere Erklärungen zu den Themen SA-Verhaltenskodex, Namibia, Horn von Afrika, Israelisch Besetzte

Gebiete und Kambodscha.

Im einzelnen werden die Schlußfolgerungen der Präsidentschaft wie folgt ergänzt:

1. --KSZE--

Die Erklärung zum KSZE-Prozeß war das Ergebnis einer ausführlichen Diskussion der Minister und anschließender Überarbeitung durch die Direktoren. Es war einhellige Auffassung, daß die Zwölf früh richtungsweisend auf die Vorbereitung des Sondergipfels 1990 Einfluß nehmen wollen, dieses aber in enger Konsultation mit den USA und anderen Bündnispartnern. Als eine substantiell angelegte Erklärung schließt sie auf Vorschlag BM eine Bekräftigung des Ziels der Europäischen Union ein. Die Rollen der Gemeinschaft als solcher und der Kommission wurden hervorgehoben und in der Erklärung vermerkt. Aufgrund der Diskussion wurde der Akzent zum Punkt Abrüstung verstärkt (BM) sowie ein Hinweis auf den Mittelmeerraum eingefügt (E, I, GRI, P, F).

BM, der die Diskussion eröffnete, unterstrich die gestiegene Bedeutung des KSZE-Prozesses als des immer wichtiger werdenden Stabilitätsrahmens für Europa und damit auch für den Prozeß der deutschen Vereinigung. BM betonte die Rolle der EG im KSZE-Prozeß. Er sagte voraus, daß der Einfluß der EG wirtschaftlich wie politisch immer stärker werden werde. Deshalb halte er es für wichtig, daß jetzt von Dublin aus noch einmal unterstrichen werde, daß der Integrationsprozeß mit dem Ziel der politischen Union unbeirrt und mit allen notwendigen Schritten einschließlich der WWU

fortgesetzt werde. Auch wenn sich jetzt die Aufmerksamkeit stark auf die West-Ost-Fragen richte, dürfe die Finalität der europäischen Einigung nicht aus den Augen verloren werden. Es müsse überlegt werden, wie die Rolle der EG als solcher im KSZE-Prozeß noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden könne. Erstrebenswert sei die beim Weltwirtschaftsgipfel gefundene Formel, wo die KOM gleichberechtigt mit am Tisch sitze. Redaktionell setzte BM einen stärkeren Akzent zur Abrüstung: Im Interesse der Stabilität in Europa angesichts der politischen Entwicklung Bekräftigung der Absicht, die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte unverzüglich weiterzuführen.

Die Diskussion ergab allgemeine Zustimmung. Partner hoben den Willen zu einem richtungsweisenden Beitrag der Zwölf zur Vorbereitung des Helsinki 2-Treffens hervor (B). NL setzte sich dafür ein, die Notwendigkeit enger Konsultationen mit USA und Kanada hierzu ausführlich in der Erklärung festzuhalten. Partner teilten diese Ansicht (Bedenken bei E), hielten aber mit Rücksicht auf weitere Bündnispartner ausdrückliche Benennung von USA und CND nicht für zweckmäßig.

Zur institutionellen Entwicklung im KSZE-Rahmen befürwortete GB, nach dem Gipfel eine high level group zur Vorbereitung auf 1992 einzurichten. Hilfreich wäre auch die Schaffung eines Mechanismus zur Schlichtung von Streitfällen unter den 35. Es sei richtig, eine Folge von AM-Treffen der 35 vorzusehen. Allerdings sollte man jetzt die institu-

tionelle Weiterentwicklung nicht überstark betonen. Zunächst sei es wichtiger, den Osteuropäern die bereits existierenden Institutionen nahezubringen, z.B. im Europarat. Ähnlich hielt NL - speziell zum MR-Bereich - die Einrichtung eigener KSZE-Institutionen neben den bestehenden des Europarats für bedenklich. Es sollten Möglichkeiten geprüft werden, die bestehenden Einrichtungen des Europarats allen 35 zugänglich zu machen. Für Umsicht und gegen Eile bei den Institutionen auch L.

NL unterstützte das Ziel einer stärkeren Beteiligung der Kommission im KSZE-Prozeß, stellte aber Fragen der Handhabung in den Bereichen, in denen die KOM keine Zuständigkeit hat. GB und E hielten diese Frage ebenfalls für prüfungsbedürftig. KOM-Präsident Delors erläuterte die Praxis beim Weltwirtschaftsgipfel, wo Präs und KOM die Gemeinschaft als solche vertreten. Die Beteiligung der KOM verlaufe reibungslos. Für enge Abstimmung auf allen Ebenen sei gesorgt. Wo die Kommission nicht zuständig sei, höre sie zwar mit, schweige aber zur Sache.

E forderte Partner auf, die Mittelmeerdimension ("4. Korb") nicht zu vergessen. Dieser Punkt wurde von allen MM-Anrainern unterstützt und in die Erklärung als Merkposten mit eingefügt. I: Die Frage wird uns noch weiter zu beschäftigen haben. L mahnte, in diesem Zusammenhang die DW nicht zu vergessen.

GB unterstützte den deutschen Akzent zur Abrüstung; ebenso F. Nach britischer Ansicht sei ein KSZE-Gipfel ohne

5 VS-NfD 200-350.31 VS-NfD 2118300 21. Februar 1990

die "Ernte" eines VKSE-Ergebnisses nicht gut möglich.

F hatte Schwierigkeiten, bereits jetzt eine Zwölfer-Haltung zur Ebene des KSZE-Gipfels 1992 festzulegen. Dieses sollte man dem Gipfel 1990 überlassen. F stellte Bedenken jedoch zurück.

DK teilte mit, es werde als Gastgeber der Konferenz in Kopenhagen die AM der 35 einladen. DK wies auf einen US-Vorschlag in Ottawa hin, KSZE-Beobachter zu den Wahlen in MO-Europa zu entsenden. Dieser Vorschlag sei zwar gut, aber ohne KSZE-Instanzen schwer durchführbar. Dieses Thema sollte von irischer Präsidentschaft bei bevorstehender Washington-Reise mit USA erörtert werden.

BM unterrichtete Partner vom Wunsch Rumäniens, dem KSZE-Schlußdokument Sofia nachträglich zuzustimmen. Dies könne bei KWZE in Bonn geschehen. Die Reaktion der Partner war positiv.

2. --Mittel-Ost-Europa--

Präs gab kurzen Überblick über krisenhafte Elemente der Entwicklung in verschiedenen osteuropäischen Ländern (SU, RUM, JUG, DDR) und bat BM um Lagebeurteilung zu DDR.

BM stellte gegenwärtige Situation in der DDR sowie Aspekte des deutschen Einigungsprozesses dar und ging auf die Haltung der SU sowie die Einbettung des Einigungsprozesses in die europäische Integration ein. Umfassende Ausführungen des BM fanden große Aufmerksamkeit und Anerkennung aller AM.

BM charakterisierte --Lage in der DDR-- vor der Wahl

am 18. März als "Gründungsphase" und gab Überblick über Parteienlandschaft. Derzeitige Stabilität sei einzig einem Konsens "vernünftiger Menschen" zu danken. Tatsächlich sei politische und wirtschaftliche Lage kritisch, Indiz für mangelndes Vertrauen der Bevölkerung sei weiterhin hohe Zahl der - zumeist jungen und hochqualifizierten - Übersiedler. Erwartungen der Bevölkerung an die Zeit nach den Wahlen seien groß. Bundesrepublik sei bereit, hier durchgreifend zu helfen.

Über verfassungsrechtliche Fragen der --Vereinigung-- (Grundgesetz Art. 23 oder 146) werde Bundesregierung nach den Wahlen auf der Grundlage voller Gleichberechtigung mit der neuen DDR-Führung beraten.

BM berichtete aus seinen Gesprächen in Moskau, Instabilität der Situation in der DDR sei in der SU bekannt. Er habe darauf hingewiesen, daß Vereinigung der beiden deutschen Staaten zur Stabilität in Europa beitrage. Für SU sei Sicherheit die entscheidende Frage (Indiz: Schon Aufnahme von Verhandlungen der SU mit CSSR und UNG über Truppenreduzierung sei Anlaß zu Kritik im ZK gewesen). Der Meinungsbildungsprozeß in SU hierzu sei noch im Gange. In Ottawa habe er betont: Grenzgarantien an Nachbarn (insbesondere POL) durch vereinigtes Deutschland, keine Ausdehnung der NATO über bisherigen Bereich hinaus (und, wie inzwischen von Bundesregierung festgestellt, auch nicht der Bundeswehr), andererseits Ablehnung deutscher Neutralität, da diese kein Beitrag zur Stabilität in Europa wäre.

Zur Einigung in Ottawa auf die Formel 2 plus 4 führte BM aus, diese Formel trage den Rechten und Verantwortungen der Vier Mächte Rechnung. In der gesamteuropäischen Einbettung der deutschen Vereinigung in den KSZE-Prozeß sähen wir den geeigneten Weg, diese insbesondere für MO-Europa erträglich zu gestalten. Da WP und COMECON bereits stark geschwächt seien, käme als Rahmen einer europäischen Friedensordnung, wie sie der Harmel-Bericht vorsehe, sowie für die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen nur der KSZE-Prozeß in Frage. Je stärker die deutsche Vereinigung hier eingebettet werde, desto geringer sollten die Probleme für unsere Nachbarn sein.

BM sprach anschließend Bedeutung der europ. Einigung und die Unterstützung unserer europäischen Partner für den deutschen Vereinigungsprozeß an. Bundesrepublik sei sich der Bedeutung der Entwicklung in Deutschland aus historischen, geografischen und demografischen Gründen auch für unsere EG-Partner voll bewußt. Deutsche Einigung sei ein Beitrag zu Stabilität in Europa. Sie entspreche damit der -europäischen Verantwortung-- Deutschlands. Es gebe einen Konsens aller tragenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik, daß die europäische Integration mit dem Ziel einer politischen Union gestärkt und dynamisiert werden muß (im Sinne Thomas Manns': "'europäisches Deutschland, nicht deutsches Europa'"). BM berichtete vom persönlichen Eindruck seiner Besuche in der DDR, daß hier die europ. Orientierung der Bevölkerung mindestens ebenso stark wie in der

Fortsetzung folgt mit Europol 6 *

#

* Unterschrift dort!

Scha (114)

Bundesrepublik sei. Er bat Partner eindringlich, diesen tragenden Kräften nicht die kalte Schulter zu zeigen, sowohl bei der Unterstützung der deutschen Vereinigung als auch bei der entschlossenen Fortführung des europäischen Einigungsprozesses. Andernfalls bestünde Gefahr einer Stärkung links- und rechtsextremer neutralistischer Kräfte, die nicht im Interesse der Partner liegen könne. Die Bundesrepublik ihrerseits werde die Interessen der Partner im Auge behalten. BM äußerte sich positiv über Delors-Modelle für EG-Beitritt der DDR und erläuterte, daß aus unserer Sicht nach deutscher Vereinigung Änderung der EG-Verträge nicht erforderlich sei, sondern nur eine Änderung des Sekundärrechts (dem widersprachen Partner nicht). Auch diese Fragen könnten bei EG-Sondergipfel im April beraten werden, für dessen Einberufung BM der Präs dankte. BM erklärte Bereitschaft, bei künftigen Treffen der AM laufend über Fortgang des Einigungsprozesses zu unterrichten und Meinungen der Partner einzuholen. Auch wolle er, ggfs. auch der Bundeskanzler, aus besonderem Anlaß Besuche in den Hauptstädten der Partner ins Auge fassen. (''nichts wird hinter dem Rücken unserer Partner geschehen'').

AM dankten insbesondere für dieses Angebot. GB unterstrich, Sorgen, die GB zuvor trotz grundsätzlicher Unterstützung der deutschen Einheit gehabt habe, seien beruhigt. GB stimme Weg über 2 plus 4 - KSZE-Gipfel 1990 zu. NL-AM drückte BM Verständnis für den Appell aus, Partner möchten nicht durch ihre Haltung Anlaß zu Zweifel an ihrer Unter-

stützung der deutschen Einheit geben. Er bitte umgekehrt, Überlegungen der Partner, die durch die zu erwartenden Auswirkungen der deutschen Einheit veranlaßt seien, nicht als Gegnerschaft zu mißdeuten. Partner beanspruchten kein droit de regard. Sie seien aber dankbar für Angebot der Unterstützung und des Besuchs in Hauptstädten. B unterstützte BM-Anliegen, europ. Integration insbesondere hinsichtlich WWU stärker zu forcieren. Wirtschaftliche Konvergenz unter den Zwölf sei stärker als zwischen Bundesrepublik und DDR, Realisierung der europ. WWU müsse somit relativ leichter zu vollziehen sein.

Alle Partner unterstützten Plan eines --EG-Sondergipfels--. Präs stellte auf GB-Frage klar, Sondergipfel solle kein informelles Treffen sein, somit könnten dort Beschlüsse gefaßt werden.

Verschiedene Partner - denen BM ausdrücklich zustimmte - mahnten, über Entwicklung in Deutschland --andere MO-europ. Länder-- nicht zu vergessen. Insbesondere demokratischer Prozeß in RUM bedürfe Unterstützung der Gemeinschaft. Auf Vorschlag von I soll Troika auf Direktorenebene fact-finding mission in RUM unternehmen. Ergänzend verwies NL auf Dritte Welt, deren Befürchtungen, in der Folge der Reformprozesse in MO-Europa vernachlässigt zu werden, mit klarem Signal beruhigt werden müßten.

Zu Darlegungen der KOM s. releve de conclusions.

3. --Beziehungen Gemeinschaft-USA--

Die Minister stimmten dem Vorschlag des 206. PK zu:

10 VS-NfD 200-350.31 VS-NfD 2118300 21. Februar 1990

(1) Bereitschaft zu Expertengesprächen mit USA über Regional-oder Fachfragen, auf Seiten der Zwölf im Troika-Format, jeweils nach Abstimmung mit allen Partnern. (2) Bereitschaft zu einem zusätzlichen Ministertreffen der Zwölf mit dem US-AM, möglichst in Verbindung mit einem Treffen der KOM mit der US-Regierung.

Präs wird die Vorstellungen der Zwölf beim Besuch Haughey in Washington erläutern und darüber berichten. GB schlug vor, ein weiteres Bindeglied einzuführen: Die Präs solle die US-Administration durch ihren Botschafter in Washington nach den Sitzungen des PK und der Minister unterrichten. Es könne erwartet werden, daß damit auch gegenseitige Information in Gang komme. GB hielt es für wünschenswert, daß der irische PM für EG und EPZ eine möglichst integrale Antwort an Washington gebe. Man müsse in diesem Zusammenhang im übrigen auch an Kanada denken, wo lebhaftes Interesse an dem Dialog mit den Zwölf bestehe.

BM würdigte die Rede von AM Baker in Berlin, die als eine in der gegenwärtigen Lage besonders wichtige Form des Eingehens auf die EG als solche sei. Die Zusammenarbeit mit den USA habe für das Management politischer und wirtschaftlicher Probleme weltweite Bedeutung. EG und EPZ sollten dabei nicht auseinanderfallen, sondern den USA möglichst gemeinsam antworten. BM stellte die Frage, ob man den USA eine Gemeinsame Erklärung über die Transatlantischen Beziehungen anbieten sollte. Wichtig sei, diese Beziehungen stabil zu halten und das Vertrauen zwischen den beiden Seite

zu stärken.

F plädierte mit positivem Grundton für ein pragmatisches Vorgehen. An einen Vertrag sollte man nicht denken. Ein zweites Ministertreffen 12'USA könnte am Rande der OECD-Jahrestagung stattfinden, an der ohnehin alle 12 Minister und die KOM teilnehmen. Im übrigen wiederholte F den Vorschlag, die Konsultationen der Ratspräsidentschaft mit der US-Regierung alternativ in USA und in Europa abzuhalten. Hinsichtlich der Expertengespräche mit USA betonte F, dabei könne es sich nur um Informationsaustausch handeln.

NL wandte sich gegen einschränkende Maßgaben für den Dialog. P schlug vor, einen Katalog der mit USA anstehenden Gesprächsthemen zu erstellen.

Die Minister stimmten dem Vorschlag der Präs zu, diese zusätzlichen Anregungen zunächst weiter zu prüfen.

4. --Südafrika:--

AM erörterten Lage in SUA im Licht britischen Vorschlags, Verbot von Neuinvestitionen aufzuheben. Einigung hierüber wurde nicht erzielt. AM einigten sich auf NL-Vorschlag, Troika als fact-finding-mission zu Gesprächen mit allen Parteien und zugleich als positives Signal nach SUA zu entsenden (sofern F nachträglich zustimmt, AM-Ebene, andernfalls Mischform).

Mehrheit der AM stimmte Analyse der Präs zu, bisherige Maßnahmen de Klerks hätten Klima in SUA verbessert. Zwölf erwarteten jedoch weitere Schritte zur Abschaffung der Apartheid.

Demgegenüber führte GB-AM aus, die Geschwindigkeit der Veränderungen in SUA sei mit der in M/O-Europa vergleichbar. Hierauf müßten Zwölf im Sinne der Logik ihrer bisherigen Politik gegenüber SUA reagieren. GB-Vorschlag: (1) ANC ermutigen, Dialogangebot der Regierung anzunehmen. (2) Weitere positive Maßnahmen zur Hilfe für die schwarze Bevölkerung beschließen. (3) Gegenüber SUA-Regierung zwar Druck aufrecht erhalten, aber durch Aufhebung des Verbots von Neuinvestitionen die Klerk Möglichkeit geben, seinen weißen Kritikern Erfolge vorzuweisen.

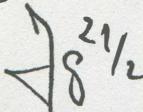
GB wurde nur von P unterstützt. DK, F, NL stellten andere "Gesten" als Signale der Ermutigung für die de Klerk-Regierung zur Diskussion (Aufhebung Visa-Beschränkungen, stärkere kulturelle Kontakte u. a.). BM führte aus, die Klerk-Maßnahmen - die zu begrüßen seien - beträfen die Phase der Ermöglichung eines Dialogs, jedoch noch nicht die eigentliche Abschaffung der Apartheid. Daher sei es noch nicht an der Zeit, die ohnehin bescheidenen Sanktionen, die die Apartheid beträfen, aufzuheben. Im übrigen seien die Voraussetzungen für den Dialog von der SUA-Regierung noch nicht vollständig geschaffen.

Als Kompromiß bot GB an, einen brit. Alleingang zurückzustellen, falls Zwölf jetzt erklärten, Verbot von Neuinvestitionen dann aufzuheben, wenn SUA den Ausnahmezustand beendet, und weitere Sanktionen (Krügerrand, Stahl) dann aufzuheben, wenn Dialog in Gang gesetzt ist. GB blieb damit jedoch ohne Echo und behielt sich daraufhin vor, uni-

lateral zu agieren. Präs appellierte eindringlich an GB, von solchem Ausscheren aus der gemeinsamen Linie Abstand zu nehmen. Vor Schaffen solch eines Präzedenzfalls sollten Konsequenzen für ähnlich gelagerte Fälle - Syrien, Libyen, China - bedacht werden, in denen andere MS sich trotz von der Mehrheit abweichenden Meinung einer Einzelaktion enthalten hätten.

Weitere Ziff. s. releve de conclusions.

Jagow
nnnn

Namenzug oder Paraphe 	Verteiler
vor Abgang von D 2 gez.) 	
VS-Vermerk (Stempel) <div data-bbox="327 1272 721 1355" style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">VS - Nur für den Dienstgebrauch</div>	